

Antrag

des NEOS Landtagsklubs (Erstantragstellerin KO LA Birgit Obermüller)

betreffend: **Leitfaden für Schulbesuche von Politiker:innen**

Der Landtag wolle beschließen:

"Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit der Bildungsdirektion Tirol einen Leitfaden für Besuche von Politiker:innen in Schulen zu erarbeiten und in weiterer Folge den Schulen zur Verfügung zu stellen. Darin müssen Vorstellungen der Schulen Berücksichtigung finden und eine Gleichbehandlung von Vertreter:innen aller Tiroler Parteien sichergestellt werden."

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Bildung, Kinderbetreuung, Kunst und Kultur sowie Wissenschaft und Forschung

Begründung:

Die Bildungsdirektion Tirol teilt Schulleitungen in regelmäßigen Abständen in Form von Schulrundschreiben mit, dass Besuche von Politiker:innen unerwünscht sind und Anfragen diesbezüglich von Schulleitungen abzulehnen sind. Man nimmt an, dass durch den Besuch eine gewisse Werbewirkung für die entsprechende Partei nicht auszuschließen ist. Diese Regelung scheint allerdings nicht für alle Parteien zu gelten. Im vergangenen Innsbrucker Gemeinderatswahlkampf postete beispielsweise die Listenerste einer wahlwerbenden Partei Bilder von einem Besuch in einer Innsbrucker Volksschule. Noch dazu wurde den Schüler:innen eine Trinkflasche der Innsbrucker Kommunalbetriebe übergeben. Zum einen setzte sich die Politikerin damit über das Verbot der Bildungsdirektion hinweg, Schulen zu besuchen und zum anderen setzte sie sich über das Verbot hinweg, Werbemittel in Schulen zu verteilen.

Schulbesuche des Landeshauptmannes und der Bildungslandesrätin scheinen grundsätzlich eine Ausnahme zu bilden, da solche laufend stattfinden. In den entsprechenden Schulrundschreiben wird allerdings keine Differenzierung vorgenommen zwischen Mitgliedern der Landesregierung, Abgeordneten oder Gemeinderät:innen.

Man darf davon ausgehen, dass zumindest allen Bildungssprecher:innen der im Tiroler Landtag vertretenen Parteien Entwicklungen in Schulen wichtig sind und sie daher fallweise Interesse zeigen, sich Neuerungen in Schulen anzuschauen bzw. sich Herausforderungen direkt vor Ort schildern zu lassen. Wenn Verkaufsausstellungen in Schulen stattfinden, ist es sicherlich im Interesse dieser Schulen, dass auch Politiker:innen dort vertreten sind. Es sollte grundsätzlich zulässig sein, dass Politiker:innen von allen Parteien, also auch von Oppositionsparteien Zugang zu Schulen gewährt wird, das Einverständnis der Schulleitung natürlich vorausgesetzt.

Es müssen klare Regelungen für Tirol erarbeitet werden, welche sowohl die Vorstellungen von Schulen berücksichtigen als auch Oppositionsparteien nicht von Schulbesuchen ausschließen.

Innsbruck, am 27.01.2025